

A19 Wir sichern die Freiheit und bewahren die Vielfalt (Ein Land, das allen gerecht wird: Demokratie)

Antragsteller*in: LaVo

Antragstext

1 30 Jahre ist es her, dass sich die Menschen im heutigen Thüringen Freiheit und
2 Demokratie erkämpft haben. Wir wissen, dass sie keineswegs selbstverständlich
3 sind, dass Freiheit immer wieder verteidigt, Demokratie jeden Tag neu gelebt
4 werden muss. Und zwar von Bürger*innen, die sich einmischen und für ihre Werte
5 und Ideen streiten. Von Menschen, die ihre Vorstellungen einbringen und nicht
6 allein am Wahltag über Politik abstimmen. Viele von ihnen scheitern oft an
7 bürokratischen Hürden und Vorgaben. Sich direkt, themenorientiert und ganz
8 konkret in politische Diskussionen und in Entscheidungen einzumischen, muss
9 einfacher werden. Hürden, die dieser Beteiligung entgegenstehen, wollen wir
10 weiter abbauen und das zivilgesellschaftliche Engagement stärken. Dabei mangelt
11 es oft noch an öffentlicher Erörterung und gründlicher Beratung der öffentlichen
12 Angelegenheiten mit allen Betroffenen. Wir wollen in dialogorientierten
13 Verfahren Bürger*innen sowie Akteur*innen aus Politik und Verwaltung frühzeitig
14 in Entscheidungsprozessen zusammenbringen. Denn eine qualitätsvolle
15 Öffentlichkeitsbeteiligung hilft, Konflikte zwischen den Bürger*innen, den
16 Volksvertreter*innen und der Verwaltung zu vermindern.

17 Beteiligung

18 Wir BÜNDNISGRÜNE werden Qualität und Professionalität von
19 Bürger*innenbeteiligungen durch die Vorgabe verbindlicher Rahmenbedingungen
20 sichern. Dazu gehört auch der Aufbau entsprechender Kompetenzen in Ministerien
21 und Behörden.

22 Wir wollen, dass zukünftig wichtige Gesetzgebungs- und Entscheidungsverfahren
23 durch umfassende, institutionalisierte und obligatorische Konsultationen mit der
24 Bürger*innenschaft in geeigneten Dialogverfahren ergänzt werden.

25 Bürger*innenräte, wie das erfolgreiche BürgerForum „Gemeinsame Wege zur
26 Bewältigung von COVID-19 und künftiger Pandemien“ sollen das Engagement der
27 Menschen in der Gemeinschaft sowie das gegenseitige Vertrauen zwischen Politik,
28 Verwaltung und Zivilgesellschaft stärken.

29 Wir wollen klären, ob ein ständiger Bürger*innenrat auf Landesebene, dessen
30 Mitglieder durch Los bestimmt werden, als "Bürger*innenkammer" etabliert werden
31 kann. Er soll Themen beraten, die Bürger*innen, Abgeordnete oder die Regierung
32 vorschlagen. Das Landesparlament wäre dann verpflichtet, auf die Ergebnisse zu
33 reagieren. Wir BÜNDNISGRÜNE werden die repräsentative Demokratie mit
34 direktdemokratischen und dialogischen Beteiligungsformen besser verzahnen und
35 über die konkrete Ausgestaltung eine breite gesellschaftliche Debatte führen. Auf
36 kommunaler Ebene haben wir mit dem Thüringer Gesetz über das Verfahren bei
37 Einwohnerantrag, Bürger*innenbegehren und Bürger*innenentscheid bereits viel
38 erreicht. Diese Instrumente werden wir auch auf Landesebene stärken. Das Verbot
39 von Volksbegehren zum Landeshaushalt, wie es in der Thüringer Verfassung
40 festgeschrieben ist, kann zur Verhinderung von fast allen Initiativen aus der
41 Bevölkerung herangezogen werden, da so gut wie jedes Gesetz haushaltswirksam
42 ist. Wir werden deshalb dieses sogenannte Finanztabu deutlich entschärfen,

43 sodass Volksbegehren einfacher möglich werden. Außerdem wollen wir die Quoren
44 für direktdemokratische Beteiligungsformate senken, um diese einfacher zu
45 ermöglichen. Die „Fridays For Future“-Demos und die Proteste gegen die
46 europäische Urheberrechtsreform zeigen uns, dass junge Menschen ein starkes
47 politisches Bewusstsein haben und einfordern, von der Politik gehört zu werden.
48 Deshalb setzen wir uns für ein Wahlrecht ab 14 Jahren auch auf Landesebene ein.

49 Das Versammlungsrecht ist für uns ein hohes Gut. Deshalb erteilen wir
50 BÜNDNISGRÜNE jeder Initiative für ein Versammlungsverhinderungsgesetz eine klare
51 Absage sondern werden eine solche Initiative nur mittragen, wenn die
52 Zielstellung ein liberales Versammlungsfreiheitsgesetz ist. In einem solchen
53 Gesetz wollen wir mindestens friedliche Blockaden regeln, Vermummungen zu
54 Ordnungswidrigkeiten abstufen und die Behörden zur stärkeren Kooperation
55 verpflichten. Dies betrifft sowohl die Kommunikation der Behörden mit den
56 Versammlungsanmelder*innen und -teilnehmer*innen, als auch die Kommunikation
57 zwischen der Polizei und den Versammlungsbehörden. Den Einsatz von körperlichem
58 Zwang, Waffen, Hilfsmitteln der körperlichen Gewalt nach Auflösung, Verbot oder
59 im Umfeld einer Versammlung wollen wir klar regeln. Insbesondere den Einsatz von
60 chemischen Reizstoffen werden wir stark einschränken. Die Kommunen stehen häufig
61 insbesondere bei Rechts-Rock-Veranstaltungen, die als politische Versammlungen
62 angemeldet werden, vor vielen Fragen. Um die Kommunen sowie die
63 zivilgesellschaftlichen Akteur*innen bei diesen Fragen zu unterstützen, wurde
64 beim Thüringer Innenministerium die Taskforce Versammlungslagen eingerichtet,
65 die diese juristisch berät. Diese soll insbesondere personell gestärkt werden
66 und vertiefend unterstützend wirken, bei jeder Versammlung soll mindestens ein*e
67 Kommunikationsbeamte*r anwesend sein. Die Anzahl ist der erwarteten
68 Gefährdungsstufe anzupassen. Entsprechende Aus- und Fortbildungen werden den
69 Beamten/innen bereitgestellt.

70 Auf der kommunalen Ebene haben wir zwar bisher viel erreicht, dennoch gibt es
71 auch hier noch Handlungsbedarf. So werden wir die Thüringer Kommunalordnung
72 transparenter und bürger*innenfreundlicher gestalten. In der aktuellen
73 Legislaturperiode haben wir dazu bereits einen ersten Gesetzentwurf eingereicht,
74 leider fehlten uns aber die Mehrheiten, um diese Änderungen umzusetzen. Wir
75 werden uns weiter an diesem Entwurf orientieren und ihn erweitern. Dies bedeutet
76 unter anderem die Einführung sowie konzeptioneller und finanzieller
77 Unterstützung zu Beginn von Kinder- und Jugend- oder Schüler*innen-Parlamenten,
78 die Öffentlichkeit von Ausschüssen, die Ermöglichung von rechtssicheren
79 Gremiensitzungen per Videokonferenz in Katastrophen- und Pandemiesituationen und
80 stärkere Rechte der kommunalen Parlamente bei der Kontrolle kommunaler
81 Unternehmen und Beteiligungen. Außerdem werden wir die Möglichkeit von
82 Scheinkandidaturen unterbinden. Bisher ist es möglich, dass (Ober-
83)Bürgermeister*innen und Landrät*innen für kommunale Parlamente kandidieren,
84 obwohl sie das Mandat absehbar nicht annehmen werden. Dies verzerrt
85 Wahlergebnisse und ist eine Form der Täuschung der Wähler*innen.

86 Wir werden die politischen Beteiligungsmöglichkeiten von Thüringer*innen ohne
87 deutschen Pass stärken und setzen uns hierbei auch für den Ausbau des Wahlrechts
88 und der Beiräte ein. Bei Europa- und Kommunalwahlen haben hier lebende EU-
89 Ausländer*innen bereits das Wahlrecht, wir wollen das auch auf Landesebene
90 ermöglichen. Darüber hinaus werden wir prüfen, wie die politische Partizipation
91 von formalrechtlichen Ausländer*innen in Thüringen erweitert werden kann.

92 Die Praxis hat gezeigt, dass die Förderung freiwilliger Gemeindegemeinschaften
93 ein erfolgreicher Ansatz für die Modernisierung der Gebietsstrukturen in
94 Thüringen ist. Diese Möglichkeit soll weiterhin bestehen bleiben. Wir sind
95 überzeugt, dass die Gebietsreform – freiwillig und mit starker
96 Bürger*innenbeteiligung – fortgesetzt werden muss. Eine Verwaltungs- und
97 Gebietsreform wird nur Erfolg haben, wenn die Bürger*innen intensiv in diese
98 Prozesse einbezogen werden. Wir sind überzeugt, dass regionale
99 Bürger*innengutachten, Transparenz in den Zielen und ein gut kommuniziertes
100 Vorgehen den Schlüssel zu zukunftsfähigen Strukturen darstellen. Dabei muss der
101 alleinige Fokus nicht auf Fusionen liegen, vielmehr wollen wir auch die
102 interkommunale Zusammenarbeit, vor allem auch auf Kreisebene, gezielt fördern.
103 Für eine bürger*innennahe Verwaltung ist es unerheblich, wo sich der
104 Verwaltungssitz befindet, solange die Verwaltung einfach und unkompliziert vor
105 Ort ansprechbar ist. Deshalb fördern wir die flächendeckende Einrichtung von
106 Bürger*innenservicebüros und -terminals. Wir setzen uns zudem dafür ein, dass
107 das Angebot von Verwaltungsleistungen im Internet zügig stark ausgebaut wird.
108 Dazu wollen wir Kooperationen mit anderen Bundesländern bei der Bereitstellung
109 von Software prüfen und die Kommunen bei der Einführung unterstützen. Bei der
110 Ansiedelung neuer Landesbehörden oder -einrichtungen verfolgen wir die Strategie
111 einer gleichmäßigen Verteilung über das gesamte Land.

112 Finanzen

113 Wir BÜNDNISGRÜNE verfolgen eine nachhaltige Finanzpolitik – wirtschaftlich
114 sinnvoll, ökologisch verantwortlich und sozial ausgewogen. Eine immer größere
115 Schuldenaufnahme entspricht diesen Prinzipien ebenso wenig wie das Kaputtsparen
116 von Bildung, Daseinsvorsorge und Infrastruktur. Denn beides geht zulasten
117 unserer Kinder und Enkel. Wir haben es in dieser Legislatur geschafft, mehr als
118 eine Milliarde Euro an Altschulden abzubauen und keine neuen Schulden
119 aufzunehmen. Mit uns wurde die Schuldentilgung sogar gesetzlich in Thüringen
120 verankert. Erstmals läuft die Schuldenuhr rückwärts.

121 Gleichzeitig haben wir BÜNDNISGRÜNE stark in Klimaschutz und Umwelt, Bildung,
122 Kinder, Integration und Infrastruktur investiert und werden diese Schwerpunkte
123 auch weiterhin setzen. Nur wer in den Erhalt der Umwelt investiert, wer sich um
124 gute Bildung kümmert und unsere Infrastruktur nicht verfallen lässt, handelt
125 nachhaltig und generationengerecht. Wir planen eine ehrliche Bestandsaufnahme
126 über den Sanierungsbedarf der Infrastruktur im Freistaat. Unser Schwerpunkt
127 liegt jetzt und künftig auf Baumaßnahmen und Zuschüssen, die eine „doppelte
128 Rendite“ erwirtschaften. Wir fördern Zukunftsinvestitionen, die mittel- oder
129 langfristig Einsparungen für das Land bedeuten, zum Beispiel durch die
130 energetische Sanierung von landeseigenen Gebäuden. Das ist ein Beitrag zur
131 strukturellen Entlastung des Haushalts und schafft so langfristig auch wieder
132 finanzielle Spielräume. Dagegen setzen wir uns weiter für den Abbau von
133 klimaschädlichen Subventionen auf Landes-, Bundes- und auf EU-Ebene ein.

134 Mit einem modernen sozial-ökologischen kommunalen Finanzausgleich, der besonders
135 die Bereiche Klima, Digitalisierung und Bildung berücksichtigt, stärken wir die
136 Daseinsvorsorge in den Städten und Gemeinden. Wir werden gemeinsam mit den
137 Kommunen darüber beraten, wie hochverschuldete Städte und Gemeinden auf dem Weg
138 der Haushaltskonsolidierungen weiter finanziell unterstützt und mittelfristig
139 entschuldet werden und die Auswirkungen der Corona-Pandemie bewältigt werden
140 können.

141 Für nachhaltige Investitionen auch in Zeiten knapper Kassen braucht es breite
142 Zustimmung. Wir BÜNDNISGRÜNE wollen die Bürger*innen stärker als bisher an der
143 Gestaltung ihrer Städte und Gemeinden und der dafür erforderlichen
144 Ausgabenplanung beteiligen, unter anderem indem wir ihnen mehr Mitspracherechte
145 bei der Haushaltsplanung einräumen. Deshalb setzen wir uns für eine Ausweitung
146 der Bürger*innenhaushalte in Thüringer Kommunen ein. Auch auf der Landesebene
147 ist eine stärkere Beteiligung der Bürger*innen in Haushaltsfragen wünschenswert.
148 Wir wollen daher das Finanztabu bei Volksentscheiden abschaffen.

149 Aufarbeitung

150 Die politisch-historische Bildung ist angesichts unserer deutschen Vergangenheit
151 im 20. Jahrhundert und einer verstärkt aufkeimenden Zustimmung zu national-
152 autoritären Strukturen wichtiger denn je. Erschrecken muss auch, wie wenig
153 Wissen um unsere Vergangenheit gerade in der jüngeren Generation tatsächlich
154 vorhanden ist. Wir wollen daher die Bildungs- und Erinnerungsarbeit in unseren
155 Schulen und öffentlichen Institutionen konsequent fördern.

156 In der aktuellen Legislatur ist es uns BÜNDNISGRÜNEN gelungen, die Gedenkstätten
157 der Stiftung Buchenwald und Mittelbau-Dora mit ihren Außenstellen zu stärken und
158 ihre Finanzierung abzusichern. Das wollen und werden wir fortsetzen. Gleiches
159 gilt für Einrichtungen wie die Gedenkstätte Topf und Söhne, aber auch das
160 Deserteursdenkmal am Fuße des Petersberges in Erfurt und die ehemalige Haftzelle
161 im Abgeordnetenhaus des Thüringer Landtags, in dem einmal das sogenannte
162 Judenreferat seinen Sitz hatte und von wo aus die Deportationen der Thüringer
163 Jüd*innen organisiert wurden. Wir unterstützen konsequent zivilgesellschaftliche
164 Initiativen, die sich mit der Aufarbeitung des
165 Nationalsozialismus auseinandersetzen. Die Verfolgung von Sinti und Roma im
166 Nationalsozialismus ist gesamtgesellschaftlich wenig aufgearbeitet. Als
167 BÜNDNISGRÜNE werden wir uns weiterhin für eine Aufarbeitung und Sichtbarmachung
168 in Thüringen einsetzen. Der Antiziganismus ist auch in der Thüringer
169 Gesellschaft weit verbreitet. Deswegen gilt es die Zusammenarbeit mit dem
170 Zentralrat Deutscher Sinti und Roma sowie mit Opferhilfeeinrichtungen zu
171 intensivieren und für betroffene Sinti und Sintize sowie Rom*nja ein
172 angemessenes Beratungsangebot zu schaffen. Den 8. Mai als Tag der Befreiung
173 haben wir bewusst zum Gedenktag in Thüringen gemacht.

174 Knapp 30 Jahre nach der friedlichen Revolution ist die Aufarbeitung dieses Teils
175 der deutschen Geschichte und des SED-Unrechts noch immer nicht abgeschlossen.
176 Wir BÜNDNISGRÜNE wollen Menschen helfen und unterstützen, denen in der DDR
177 Unrecht widerfahren ist und die noch heute unter den Folgen leiden. Wir sind
178 davon überzeugt, dass die Aufarbeitung des hier begangenen und erlittenen
179 Unrechts und die Erinnerung daran das Fundament legen für unsere demokratische
180 Kultur heute und in Zukunft.

181 Thüringens Aufarbeitungslandschaft ist dezentral und heterogen. Diese
182 vielschichtigen Wege bei der Auseinandersetzung mit der Geschichte der SED-
183 Diktatur und ihren Folgen müssen in Wissenschaft, Kultur und insbesondere der
184 Schul- und Erwachsenenbildung weiter verankert werden. Das Land Thüringen sollte
185 auf den sich abzeichnenden Umbau der Behörde des Bundesbeauftragten für die
186 Unterlagen des Staatsicherheitsdienstes adäquat reagieren und dort Strukturen
187 schaffen, wo sich der Bundesbeauftragte zurückzieht. An diesen Orten müssen die
188 Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur und die Demokratiebildung an

189 außerschulischen Lernorten gewährleistet bleiben. Für die rechtliche Beratung im
190 Sinne der Rehabilitierungen und für psychosoziale Betreuung von Betroffenen des
191 SED-Unrechts ist es dabei unabdingbar, ein nachhaltiges, verlässliches, klar
192 strukturiertes und dadurch deutlich wahrnehmbares Angebot zu schaffen. Dabei
193 sollte die bereits vorhandene Struktur des Landesbeauftragten zur Aufarbeitung
194 der SED-Diktatur genutzt und ausgebaut werden.

195 Wir sprechen uns dafür aus, die existierenden drei Außenstellen des
196 Bundesbeauftragten für die Stasiunterlagen in Thüringen als Orte, an denen
197 Akteneinsicht beantragt und genommen werden kann, weiter zu erhalten. Das sind
198 wir auch denen schuldig, die diese 1989 besetzt haben und dadurch die Akten vor
199 der Vernichtung bewahren konnten. Diese authentischen Erinnerungsorte an
200 Demokratie- und Diktaturerfahrungen in Erfurt, Gera und Suhl sowie die
201 Grenzlandmuseen wollen wir erhalten. Die Zusammenarbeit mit den lokalen
202 Zeitzeug*innen-Initiativen werden wir stärken. Die wissenschaftliche
203 Aufarbeitung der Verfolgung von Christ*innen in der DDR werden wir
204 sicherstellen. Auf Bundesebene machen wir uns weiter dafür stark, auch bisher
205 nicht bedachte Opfergruppen, wie verfolgte Schüler*innen, bei der Rehabilitation
206 mit aufzunehmen, anderen wie den ehemaligen Heimkindern wollen wir die
207 Anerkennung als Opfer der SED-Diktatur erleichtern. Die Entfristung der
208 Rehabilitierungsgesetze ist ein erster wichtiger Schritt. Fakt ist aber, dass
209 noch immer viele Betroffene keinerlei Entschädigung oder Unterstützung bekommen
210 und aufgrund ihrer Geschichte, Enteignungen oder gebrochenen Biografien erneut
211 von Armut bedroht sind. Dazu gehören auch viele Frauen, die in sogenannten
212 venerologischen Stationen eingesperrt und fürchterlichsten Misshandlungen
213 ausgesetzt waren. Das nehmen wir nicht hin und machen uns auf allen Ebenen für
214 spürbare Verbesserungen und umfassende Aufarbeitung stark.

215 Um insbesondere die soziale Lage der SED-Opfer heute genauer zu analysieren,
216 unterstützen wir das Vorhaben des Thüringer Landesbeauftragten zur Aufarbeitung
217 der SED-Diktatur, eine erneute Studie zur sozialen Lage der Betroffenen auf den
218 Weg zu bringen, da letzte Daten bereits mehr als zehn Jahre alt sind. Zur
219 Verbesserung der sozialen Lage der SED-Opfer machen wir uns dafür stark, dass
220 Entschädigungsleistungen für erlittenes SED-Unrecht von Bedürftigkeitsprüfungen
221 und Partner*inneneinkommen entkoppelt werden. Wir werden prüfen, welche Mittel
222 zur Kompensation der durch Bedürftigkeitsprüfungen und Einbeziehung von
223 Partner*inneneinkommen reduzierten Entschädigungsleistungen eingesetzt werden
224 können.